

## **Großer Erfolg für die Demokraten – ziviler Ungehorsam hat funktioniert!**

Obwohl das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg den Neonazis um Christian Worch ihren Aufzug am 12.11.05 in Halbe gestattete, konnte dieser nicht stattfinden. Dank einer enormen Kraftanstrengung, angefangen vom örtliche Aktionsbündnis gegen Naziaufmärsche und Heldengedanken in Halbe, dem landesweiten Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, über die Initiative Tolerantes Brandenburg, den demokratischen Landtagsfraktionen, bis hin zu den Parteien und Gewerkschaften sowie weiteren demokratischen Organisationen und Initiativen ist es gelungen, über 2000 Menschen nach Halbe zu bringen, um gegen den Naziaufmarsch zu protestieren.

Als dann auch der stellvertretende Ministerpräsident Jörg Schönbohm in seiner Gedenkrede auf dem Friedhof meinte, man dürfe Halbe den Nazis nicht überlassen, schwanden auch die letzten Zweifel bezüglich des zivilen Ungehorsams.

Ein großer Teil der Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung des Landtages und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V begab sich spontan zur Lindenstrasse und blockierte die Kreuzung über die die Nazis marschieren wollten. Vorne mit dabei, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Linkspartei.PDS.

Karin Weber vom örtlichen Aktionsbündnis und Landtagsabgeordnete der Linkspartei.PDS meldete eine Spontandemo an, die durch die Polizei auch bis 13.45 Uhr genehmigt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt blockierten etwa 500 friedliche Demonstranten die Kreuzung. Zwischenzeitlich trafen die Teilnehmer der Folgeveranstaltung des „Tag der Demokraten“ ein. Leider wurde diese in eine Seitenstrasse verbannt, weil den Nazis die Lindenstrasse als Demostrecke genehmigt war. Trotzdem wurden zwei Bühnen und 25 Infostände aufgebaut und es war ein lukratives politisches und kulturelles Programm geplant. Das konnte allerdings nicht wie geplant ablaufen, weil sich die Teilnehmer ebenfalls auf die Kreuzung zur Lindenstrasse begaben und dort ausharrten, bis die Nazis aus Halbe abzogen.

Als um 13.45 Uhr die Spontandemo beendet werden musste, blieben alle Menschen auf eigene Verantwortung stehen und blockierten nun illegal die Kreuzung. Eine schwierige Situation für die Polizei, denn die hätte jetzt die Aufgabe gehabt die Kreuzung zu räumen. Immerhin befanden sich über 1200 Nazis auf der anderen Seite der Absperrung, die ihre genehmigte Veranstaltung durchziehen wollten. Sie entsandten sogar ihre Rechtsvertreter, um die blockierte Kreuzung in Augenschein zu nehmen.

Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Auslegung des Versammlungsrechtes entschied sich die Polizei dafür, den zivilen Ungehorsam der Demokraten nicht mit polizeilichen Mittel zu beenden. Übrigens ist diese Form des Widerstandes durch das Bundesverfassungsgericht anerkannt worden.

Gegen 18 Uhr verzogen sich dann die Nazis, nach dem sie ihre Reden von Gestern gehalten hatten und zwischenzeitlich auch versuchten, die Polizeiabsperrung gewaltsam zu durchbrechen. Nun kam auch Karat zum Zuge, die eigentlich bereits um 15 Uhr aufspielen wollten.

Dieses mal haben sich die Demokraten durchsetzen können! Aber wir dürfen uns nichts vormachen. Für die Polizei war auch ein Aspekt ihrer Entscheidung, dass sich an vorderster Stelle der friedlichen Demonstranten zahlreiche Politiker, wie Landtagsabgeordnete, Minister, Staatssekretäre, Partei und Gewerkschaftsvorsitzende befanden. Hinzukam, dass auch viele älter Menschen zugegen waren. Sie hätten bei einer polizeilichen Räumung schnell verletzt werden können.

An dieser Stelle sehen wir, es handelt sich gesellschaftspolitisch gesehen, nicht um ein Problem der Polizei, obwohl sie praktisch eins hat!

Wir müssen uns alle gemeinsam fragen, was wir gegen das immer wieder auflebende nationalsozialistische Gedankengut tun können. Das beginnt mit Zivilcourage im Alltag. Mit der Auseinandersetzung vor Ort und mit den Menschen, die solcher verbrecherischen Ideologie folgen.

Das heißt aber auch noch viel stärker ins Bewusstsein zu rücken, das jeder etwas tun muss, auch auf die Strasse gehen, wenn Nazis marschieren wollen.

Nach diesem Erfolg der Demokraten müssen wir gemeinsam überlegen, was wir im nächsten Jahr in Halbe machen, um erneut den Nazis auf rechtsstaatlicher Grundlage das Demonstrationsgebiet wegzunehmen. Und auch wenn Verbote kein Allerheilmittel sind, müssen wir Verbündete und damit politische Mehrheiten für unseren Vorschlag suchen, in das Grundgesetz das Verbot der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes aufzunehmen.

Dr. Andreas Bernig